

Informationen gemäß Art. 13 DS-GVO

Kinder- Anmeldung zur Teilnahme an der Ferienbetreuung

1. Verantwortliche (Art. 13 Abs. 1 Buchstabe a DS-GVO)

Bereichsleitung
Frau Heiligenthal

Bereich Jugendförderung und Erziehungsberatung
Westendstr. 17
67059 Ludwigshafen

Telefon: 0621 504-2866
E-Mail: Sabine.Heiligenthal@ludwigshafen.de

2. Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 Buchstabe b DS-GVO)

Datenschutzbeauftragter
Bereich Recht
Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein
Postfach 21 12 25
67012 Ludwigshafen am Rhein
Telefon: 0621 504-2185 (Sachbearbeitung)
E-Mail: datenschutz@ludwigshafen.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 Buchstabe c DS-GVO)

Die Datenerhebung erfolgt zur Anmeldung als Teilnehmer*in an der Ferienbetreuung sowie in der Folge zur weiteren Organisation (z.B. Rechnungsstellung, Einrichtungs- und Gruppenzuteilung, Essenbestellung, Besonderheiten und Krankheiten, Kontaktaufnahme im Notfall etc.)

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 Buchstabe e DS-GVO)

Empfänger der Daten ist in erster Linie die Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein, Bereich Jugendförderung und Erziehungsberatung. Die erhobenen Daten werden von Sachbearbeiter*innen der Verwaltung des Bereichs sowie im Team Kinder- und Jugendbüro zur Aufgabenerfüllung verwendet.

5. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 Buchstabe a DS-GVO)

Die Daten werden am Ende des Kalenderjahres, in dem die Ferienbetreuung stattfand, gelöscht.

6. **Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 Buchstabe c bis d DS-GVO)**

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

7. **Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 Buchstabe e DS-GVO)**

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.